

«Nun ist Handeln ein Muss»

Am Fachgespräch der Grünliberalen Obwalden ist man sich einig: Die Energiewende ist nötig.

Romano Cuonz

«Energieknappheit, Strommangel, Blackout sind heute allgegenwärtige Gesprächsthemen, dennoch bekämpfen die Gegner das «Klima- und Innovationsgesetz» mit unkorrekten Aussagen», stellte Ramon Gassmann, Co-Präsident GLP Obwalden, auf dem Landenberg fest. Aus diesem Grund wolle die jüngste Obwaldner Partei dem Thema «Energiesystem 2050» mit einem Fachgespräch auf den Grund gehen.

Als engagierter Verfechter einer effizienten Energiewende trat der Berner Ökonom, Raumplaner und Energiespezialist Ruedi Meier auf. «Wir haben die Energiewende verschlafen, nun ist Handeln ein Muss», proklamierte er. Gleich zu Beginn zog Meier vehement gegen die Studie des Lausanner ETH-Professors Andreas Züttel ins Feld. Bekanntlich taxiert dieser das Klimaschutzgesetz als kontraproduktiv. Die Arbeit Züttels basiere auf absurden Annahmen, sei irreführend und demokratiepolitisch fragwürdig, monierte der Referent.

«Statt in den Umbau des Energiesystems zu investieren, geben die Gegner viel Geld für die Bekämpfung des Klimaschutzgesetzes aus» erklärte Meier. Und führte dann, für seine eigenen optimistischen Annahmen und Analysen, zahlreiche plausibel erscheinende Berechnungen ins Feld. «Die

Energiewende ist – mit Ausnahme der fossilen Energiewirtschaft – für uns alle ein grosser Gewinn», stellte er in Aussicht. Das neue Klimaschutzgesetz beinhalte die Chance, in die Energiewende einzusteigen, kostengünstiger und effizienter zu werden. Die Schweiz brauche mehr einheimische Energiequellen und habe dafür grosses Potenzial. Es gehe darum, Wasserkraft, Wind- und Photovoltaik auszubauen und effizienter zu nutzen. Aber auch der Umstieg auf Elektrofahrzeuge sei wichtig.

Grosse Bedeutung komme dem Bau von Speicheranlagen zu. «Wenn wir für all dies günstige Rahmenbedingungen schaffen, können wir der Winterstromlücke entschieden entgegenzutreten», stellte Meier in Aussicht. Schlussendlich sei man mit der Energiewende, nicht wie Züttel behauptete, «teurer», sondern wesentlich «kostengünstiger» unterwegs. Dies untermauere auch eine VSE- und Empa-Studie.

Thomas Baumgartner, CEO des EWO und Mitte-Kantonsrat, sagte: «In Obwalden können wir

keine Kohle abbauen oder Ölkohle erschliessen, aber wir können in erneuerbare Energien investieren.» Wasserkraft, Photovoltaik und auch Windkraftwerke würden dafür sorgen, dass die Wertschöpfung im eigenen Kanton bleibe. Es gelte aber, junge Leute auszubilden, die diese Innovation umsetzen und aufbauen könnten. «Noch ist die Angst vor Windkraftwerken gross, aber wir müssen uns den neuen Technologien stellen, immer Nein sagen hilft nicht weiter», meinte Baumgartner. Un-erlässlich sei eine Verbesserung



Die GLP Obwalden diskutiert lebhaft und optimistisch zum Energiesystem 2050, von links: Paddy Matter, Thomas Baumgartner, Céline Gasser und Ökonom Ruedi Meier. Bild: Romano Cuonz (Sarnen, 5. 6. 2023)

der gesetzlichen Rahmenbedingungen. «Wenn wir heute eine Idee haben, geht es 20 Jahre, bis eine Anlage realisiert ist», währte er.

Verantwortung wahrnehmen

Der Obwaldner GLP-Kantonsrat und Nationalratskandidat Paddy Matter pflichtete all dem bei und betonte: «Wir können die Verantwortung fürs Klima nicht immer wieder abschieben. Hier und jetzt müssen wir sie wahrnehmen». Als Gesetzgeber und als Bürger habe man sich am 18. Juni auf den Weg zu machen. Ein Nein zum Klimaschutzgesetz sei verantwortungslos gegenüber nächsten Generationen. «Wir müssten dann in kurzer Zeit immer mehr leisten», sagte Matter.

Im Anschluss das Fachreferat und ans von Céline Gasser geleitete Podium wurde im Publikum engagiert diskutiert. Auch Landstatthalter Josef Hess hatte sich diesen Abend nicht entgehen lassen. Im Anschluss zog er sein Fazit: «Die Ablösung von den fossilen Energieträgern ist machbar und auch notwendig.» Es gehe nicht nur darum, die Welt zu retten, sondern auch um eine von fossilen Brenn- und Treibstoffen unabhängige Versorgungssicherheit. «Das Klimaschutzgesetz vermittelt wichtige Werte für unser Land», sagte Hess. Werte hinter denen auch die Obwaldner Regierung grossmehrheitlich stehe.